



**Gisela Manderla**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

Berlin, 30.11.2018

**Gisela Manderla MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Unter den Linden 71  
Raum: 341  
Telefon: +49 30 227-74545  
Fax: +49 30 227-76780  
[gisela.manderla@bundestag.de](mailto:gisela.manderla@bundestag.de)

### **Manderla: Bundestag entlastet Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Milliardenhöhe**

Der Bundestag hat heute die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte beschlossen. Dies teilt die Kölner Bundestagsabgeordnete Gisela Manderla MdB mit.

Durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages auf den historischen Tiefstand von 2,5 Prozent werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber um 5,9 Mrd. Euro entlastet. Trotz dieser Absenkung ist die Bundesagentur für Arbeit nach eigener Aussage auch künftig finanziell gut aufgestellt.

Bereits vor einigen Wochen hatte die Koalition in zwei Gesetzgebungsverfahren weitere Entlastungen für Familien und Arbeitnehmer beschlossen. So werden durch das Familienentlastungsgesetz das Kindergeld ab dem 1. Juli 2019 um 10 Euro erhöht, der Kinderfreibetrag und der Grundfreibetrag angehoben und der Steuertarif an die Inflationsrate angepasst. Bis zum Jahr 2022 entlastet die CDU-geführte Bundesregierung die Familien damit um fast 35 Mrd. Euro.

Die 56 Millionen Mitglieder der Gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland werden darüber hinaus durch die Rückkehr zum paritätisch finanzierten Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung um rund 6,9 Milliarden Euro entlastet.

„Wir als CDU und CSU haben uns mit Nachdruck für diese Entlastungen stark gemacht“, so die Kölner Christdemokratin. „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die auch in der prosperierenden Stadt Köln mit einer gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunkenen Arbeitslosenquote und einem weiterhin guten Konjunkturklima spürbar sind, machen diese Entlastungen möglich und sind ein gemeinsamer Erfolg der Politik der CDU-geführten Bundesregierung, der Unternehmen und Selbständigen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.“